

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 08.03.2011

Pflegepakt Niedersachsen - Gute Pflege für alle - Wertvolle Pflege sichern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur Abwendung eines Pflegenotstandes und zur Sicherung einer guten und wertvollen Pflege mit den Pflegedienstleistern, den Pflegekassen und den kommunalen Spitzenverbänden schnellstmöglich einen „Pflegepakt Niedersachsen“ abzuschließen.

Der „Pflegepakt Niedersachsen“ sollte mindestens folgende Bereiche regeln:

1. Anerkennung der tariflichen Entlohnung in der Altenpflege zur Beendigung der Dumpinglohnspirale in der Pflegebranche.
2. Erhöhung der Pflegesätze in Niedersachsen über eine Konvergenzphase auf mindestens den durchschnittlichen Pflegesatz der westdeutschen Bundesländer.
3. Die Preisbildung in der Pflege ist an der tatsächlichen landesweiten Auslastung auszurichten.
4. Rücknahme der Kürzungen der Landesmittel für die Kurzzeitpflege in Höhe von 6 Mio. Euro.
5. Gesetzliche Absicherung der Fachkräftequote in den Pflegeeinrichtungen.
6. Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflegeausbildung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen.
7. Komplette Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschülerinnen und -schüler ab dem Schuljahr 2011.
8. Verstärkte Anstrengungen zur Zusammenführung einer Grundausbildung von Alten-, Kranken- und Gesundheitspflege.
9. Umfassende Anerkennung und Förderung alternativer Wohnformen.
10. Bürokratieabbau in der Pflege u. a. durch Überprüfung der Dokumentationspflichten und Bündelung der unabgestimmten und zersplitterten Aufsichtsaktivitäten.
11. Reduzierung der turnusgemäÙen Besuche des Medizinischen Dienstes in den Pflegeeinrichtungen auf alle drei Jahre.
12. Die angewendeten Personalanhaltszahlen für Pflege und Verwaltung sind in einem ersten Schritt so anzuwenden wie in anderen westlichen Bundesländern (z. B. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg).
13. Vorlage verbindlicher Pflegebedarfpläne durch die Kommunen.

Begründung

Unter der CDU/FDP-Landesregierung hat sich die Pflegesituation in Niedersachsen dramatisch verschärft. Niedersachsen hat heute die niedrigsten Pflegesätze bundesweit. Bei der Fachkräftequote in Pflegeeinrichtungen liegt das Land auf dem viertletzten Platz im Bundesgebiet. Alle großen Wohlfahrtsverbände Niedersachsens, die Träger zahlreicher Pflegeeinrichtungen sind, protestieren mittlerweile seit Jahren massiv gegen eine Lohnspirale nach unten, die eine tarifliche Entlohnung der Beschäftigten kaum noch möglich macht.

Darüber hinaus wird in Niedersachsen weiterhin deutlich unter Bedarf in der Altenpflege ausgebildet. Das Land benötigt rund 2 000 Altenpflegeschülerinnen und -schüler pro Jahrgang - mit wachsender Tendenz angesichts des demografischen Wandels. Tatsächlich gibt es in Niedersachsen nach Angaben der Landesregierung zurzeit lediglich 1 530 Altenpflegeschülerinnen und -schüler.

Substanzielle Maßnahmen, um die Wertschätzung der Pflege zu erhöhen, lehnt die Landesregierung bislang aus ideologischen Gründen ab. Sie spitzt die Lage sogar noch zu, wie zuletzt durch die Kürzungen der Landesmittel für die Kurzzeitpflege um 6 Mio. Euro. Dies bedeutet nichts anderes als die Verlagerung zusätzlicher finanzieller Lasten auf die Schultern der pflegenden Angehörigen.

Eine seit dem Herbst 2011 in ganz Niedersachsen laufende Veranstaltungsreihe der SPD-Fraktion „Gute Pflege für alle - Wertvolle Pflege sichern“ mit Hunderten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Pflegebereich bestätigt den stark wachsenden Handlungsdruck. Es darf keine weitere Zeit ungenützt verstreichen.

Das Land muss nunmehr seine Blockade aufgeben und möglichst schnell mit den Pflegedienstleistern, den Pflegekassen und den kommunalen Spitzenverbänden einen „Pflegepakt Niedersachsen“ abschließen. Der Pflegepakt muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen umfassen, die die Pflege nachhaltig aufwerten, und wie sie oben in den Ziffern 1 bis 12 näher benannt sind. Dazu gehören Maßnahmen zur Stärkung der Altenpflegeausbildung wie beispielsweise eine solidarische Umlagefinanzierung nach Vorbild von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und die komplette Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschülerinnen und -schüler ab dem nächsten Schuljahr 2011. Entscheidend ist darüber hinaus, die Lohnspirale nach unten in der Bezahlung von Pflegekräften zu durchbrechen. Es bedarf deshalb im Rahmen des Pflegepakts der verbindlichen Anerkennung tariflicher Entlohnung in der Altenpflege, verbunden mit der schrittweisen Erhöhung der in Niedersachsen stark unterdurchschnittlichen Pflegesätze auf mindestens das Durchschnittsniveau der westdeutschen Bundesländer.

Auch die gesetzliche Absicherung der Fachkraftquote in den Pflegeeinrichtungen ist ein wichtiger Beitrag, um die Pflegequalität zu stärken. Die Pflegekräfte verbringen heute zu viel Zeit mit Dokumentationspflichten. Ihnen fehlt damit Zeit für ihre eigentliche Arbeit mit den Pflegebedürftigen. Nicht zuletzt bedarf es deshalb verschiedener Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Pflege und zur Konzentration und Bündelung der Heimaufsicht.

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender